

Rucht, Dieter

Book Part — Digitized Version

Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1983) : Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen, In: Hans-Hermann Hartwich (Ed.): Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik: wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, 4.-7. Oktober 1982 in der Freien Universität Berlin. Tagungsbericht, ISBN 3-531-11652-5, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 199-212

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112631>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen

Dieter Rucht

Einleitung

Auf dem von der Studentenbewegung verkündeten langen Marsch durch die Institutionen landeten viele auf einem komfortablen Sitzplatz in den Institutionen. Zehn Jahre später, auf dem Berliner Tunix-Treffen im Januar 1978, sollten die Traumschiffe mit den buntesten Fahnen beflaggt werden, um in den Süden zu segeln, um die Ausreise aus dem "Modell Deutschland" zu organisieren. Doch Tunix ist bereits zur Legende geworden. Wurde auf dem spontanen Treffen von rund 20 000 Menschen "das Wegsacken nach schräg unten als Lustprozeß" gefeiert, so haben in den heutigen Protestbewegungen andere Parolen Konjunktur. Weder subversiver Einstieg in die Institutionen noch demonstrativer Auszug stehen auf der Tagesordnung des Protests. Vielmehr sollte eine "Fundamentalopposition" zum "herrschenden Block" gebildet, der Aufbau einer autonomen "Gegenkultur" vorangetrieben, zuweilen auch nur ein Fuß in den Türspalt der etablierten Politik gesetzt werden.

Was immer auch im einzelnen unter solchen Intentionen verstanden werden mag - mit der Ablehnung bestimmter Inhalte der etablierten Politik verbindet sich auch die Distanzierung von ihren Formen. Gerade in der Sensibilität für das "Politikum der Form" (Narr 1980) liegt einer der Unterschiede zwischen "alten" und "neuen" sozialen Bewegungen. Suchten traditionelle Protestgruppen die organisatorische Einheit und eine kluge Führung als Garanten politischer Schlagkraft und Zielstrebigkeit, so gilt Teilen der neuen Protestbewegungen ihr fragmentierter, pluraler und führungsloser Charakter eher als Vorteil, wenn nicht gar als Überlebensbedingung. Die fehlende Homogenität und organisatorische Straffheit wird also durchaus nicht nur als eine Not empfunden, die es zur Tugend zu erheben gelte.

Aus der Perspektive der neuen Bewegungen scheint es, als sei das Scheitern zentraler gesellschaftlicher Problemlösungsinstanzen auch deren Form zuzuschreiben: hierarchische Organisationsstrukturen, Abgehobenheit und Selbstständigkeit von Eliten, Korruption durch den Umgang mit der Macht, all dies bewirke eine Abschirmung gegenüber den realen Bedürfnissen und Lebensprozessen, eine institutionelle Erstarrung, eine Befangenheit in der eigenen Logik und Interessensphäre, das autoritative Verlangen nach Ein- und Unterordnung. Diese Kritik bricht sich insbesondere in den neuen Jugendrevolten Bahn. Da gilt gleichsam der Rest der Welt - all diejenigen, die nicht das eigene Lebensgefühl und das eigene soziale Milieu teilen - als ein Ausbund von Machtgier und kalter, unmenschlicher Logik, als ein "Gröndland", in dem Gefühle, Spontaneität und Phantasie keinen Platz haben. Bei diesen Jugendlichen liegen der Wunsch nach einem Ausstieg, einer Abnabelung von allen institutionellen Zwängen einerseits und die totale Perspektivlosigkeit und Resignation andererseits dicht zusammen, zumal die peer group nur momentane Geborgenheit, aber keine längerfristige Zukunft zu bieten vermag.

Doch die Jugendrevolten sind nur Teil eines komplexeren Gesamtbildes. Weder der oberflächliche Eindruck der sich als spontaneistisch oder gar chaotisch darbietenden Protestpotentiale noch ihre Selbststilisierung als "Basisbewegungen" sollten den analytischen Blick trüben. Deutet schon die pure Vielfalt ihres politisch-ideologischen Spektrums auf die Notwendigkeit einer differenzierten Einschätzung, so unterliegen selbst die Gruppierungen mit einem ausgeprägten anti-institutionellen Affekt objektiven Restriktionen und Risiken in mehrfacher Hinsicht:

- Sie entfalten sich vorwiegend in den Nischen des etablierten Systems, jedenfalls nicht losgelöst von dessen Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten.
- Um der Gefahr der sozialen Marginalisierung und Ausgrenzung zu entgegen, bedürfen sie des Rückhalts intermediärer Gruppen(vgl. Rucht 1981), insbesondere gemäßigterer Sympathisanten und "bürgerlicher" Interpreten, drohen durch deren Vermittlung jedoch ihren radikalen Impetus zu verlieren.
- Sie laufen auch aufgrund einer immanenten Dynamik Gefahr, einem schleichenden Institutionalisierungs- und damit Anpassungsdruck zu erliegen, d. h. mit fortschreitendem Bestand und infrastruktureller Festigung einer organisatorischen Formierung, Professionalisierung, Bürokratisierung, Oligarchisierung usw. zu verfallen - also eben jenen Politikformen, auf die sich ihre Kampfansage bezieht.

Um den Begriff und eine Erklärungsperspektive (neuer) sozialer Bewegungen habe ich mich bereits an anderer Stelle bemüht(Rucht 1982 a); eine ausführliche Darstellung und Diskussion der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Interpretationen neuer sozialer Bewegungen liegt inzwischen vor(Brand 1982), so daß hier nur die Formaspekte betrachtet werden.

Im folgenden wird versucht, (I.) den generellen Unterschied zwischen sozialen Bewegungen und formalen Organisationen herauszuarbeiten, (II.) die Organisationsstrukturen und Institutionalisierungstendenzen innerhalb der relevanten neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik darzulegen, um schließlich (III.) die Auswirkungen von Institutionalisierungsprozessen auf das interne Beziehungsgeflecht der Bewegungen wie auch auf das gesellschaftliche Umfeld einzuschätzen.

I. Zum Spannungsverhältnis von Bewegung und formaler Organisation

Geht man zunächst von einem alltagsweltlichen Verständnis sozialer Bewegung (als ein aliud gegenüber Parteien, Verbänden, Betrieben, Kirchen usw.) aus, so ist es irritierend, daß in der einschlägigen Fachliteratur der Bewegungsbegriff zuweilen ausdrücklich die Bandbreite "from a loose, informal or partial level of organization to the highly institutionalized and bureaucratized movement and the corporate group"(Wilkinson 1971: 27) einschließt. Dem entspricht auch die Verwendung des Begriffs im Kontext des Faschismus oder bestimmter Formen des Populismus(z.B. Peronismus, Poujadismus), wobei meist implizit hochorganisierte, parteiförmige Elemente der betreffenden Bewegung zugerechnet werden. Eine derart additive begriffliche Strategie findet ihren empirischen Grund in dem Faktum, daß eine ursprünglich nicht institutionalisierte Bewegung - zu Teilen oder als Ganze - partei- und verbandsförmige Strukturen annehmen oder auch andere, bereits bestehende formale Organisationen integrieren kann. Doch in dieser Version verliert der Bewegungsbegriff seinen analytischen Wert(vgl. Allerbeck 1973: 37). Fruchtbarer erscheint es deshalb,

- auf der Differenz zwischen Bewegung und formaler Organisation zu beharren(was nicht ausschließt, daß Bewegungen Parteien oder Verbände einbinden oder hervorbringen können), um den geringen Institutionalisierungsgrad zu einem entscheidenden, wenn auch nicht hinreichenden Definitionsmerkmal zu erheben sowie
- ein entwicklungsdynamisches Konzept sozialer Bewegungen zu verfolgen, das es erlaubt, die Genese, die Protestzyklen, den Form- und Zielwandel sowie die möglichen Endpunkte von Bewegungen zu rekonstruieren.(Dieser Aspekt muß hier allerdings ausgeklammert werden; vgl. dazu insbesondere Rammstedt 1978 und Tarrow 1982.)

Zur Formanalyse sozialer Bewegungen

Der anthropologische und kultursoziologische Begriff der Institution ist weit gefaßt(vgl. Schelsky 1970:13 ff.). Hierunter fallen praktisch sämtliche Strukturmuster des sozialen Mikro- und Makrokosmos, die durch wechselseitige Erwartungen definiert und stabilisiert werden, also ein Minimum

an Konsistenz und eine relative Invarianz aufweisen. Es ist trivial festzustellen, daß in diesem Wortsinne auch soziale Bewegungen als Institutionen gelten und als solche eine gewisse Struktur besitzen. Nicht-Institutionen wären allenfalls äußerst labile, durch keinerlei Ordnungsformen geprägte soziale Phänomene wie z.B. die Panik oder "tumultuarische Volksunruhen" (Volkmann 1977: 171). Unterhalb dieses abstrakten, für unsere Fragestellung unbrauchbaren Institutionenbegriffs können jedoch die Unterschiede des jeweiligen Institutionalisierungsgrades von sozialen Formationen als qualitative Merkmale an Profil gewinnen.

Institutionalisierungstendenzen lassen sich erst dann nachvollziehen, wenn auch entsprechende Indikatoren benannt werden können. Derartige Kriterien ergeben sich aus den Merkmalen der formalen Organisation, d.h. vor allem der expliziten und verbindlichen Definition von Mitgliedschaft, Bestellung und Funktion einzelner Organe (insbesondere für Führungs-, Repräsentations-, Exekutiv- und Kontrollaufgaben), Finanzierung und Konfliktregelung (einschließlich Sanktionsmöglichkeiten). In dem Maß, wie solche Regelungen fixiert und ausdifferenziert werden und - unabhängig von ihren konkreten, variationsfähigen Inhalten - als Gesamtstruktur das Handeln der Organisationsmitglieder präformieren, soll von Institutionalisierung gesprochen werden. Dabei kann zwischen dem Totalitätsgrad i.S. einer Erfassung tendenziell aller Lebensbezüge (entsprechend der von Goffman beschriebenen "totalen Institution", z.B. dem Kloster oder dem Irrenhaus) und dem Intensitätsgrad (i.S. der Rigidität und Bindungskraft der jeweiligen Verhaltensvorschriften) unterschieden werden. Die generelle Erfahrung, daß mit steigender Organisationsgröße und -dauer auch eine Zunahme des Institutionalisierungsgrades einhergeht, sollte jedoch nicht zu strikten Umkehrschlüssen verleiten. Auch eine Analyse kurzlebiger Sekten oder kleiner Untergrundorganisationen kann zum Aufweis eines hohen Totalitäts- und/oder Intensitätsgrades der jeweiligen Institutionen führen.

Löst man sich von dem abstrakten (kultur-)soziologischen Institutionenbegriff, so erscheint die Kategorie "soziale Bewegung" der Institution (i.S. einer relativ invarianten, berechenbaren Struktur) geradezu entgegengesetzt. Vor allem in ihrer expansiven Phase sind soziale Bewegungen charakterisiert durch eine außeralltägliche Situationsdeutung, durch einen "kollektiv-psychischen Erregungszustand, die emotionale Aufgelockertheit, also die affektive Struktur,..." (Mühlmann 1959: 240). Sie speisen sich aus einer dramatischen Problemsicht, aus unmittelbarer Betroffenheit und/oder Empörung über einen (relativ) depravierenden Zustand, den sie kollektiv zu überwinden trachten. Nicht geschäftige Routine und lobbyistische Intervention hinter den politischen Kulissen, sondern die öffentliche Arena, die unkonventionelle Aktion, die Mobilisierung der Massen, die "Politik auf der Straße" bilden den typischen Aktionsrahmen sozialer Bewegungen. Dabei dominiert nicht kühle Argumentation, sondern eher Leidenschaft. Die Bewegung formt sich aus der Unmittelbarkeit der Willenskundgebung, aus der Intensivierung, ja der "Totalisierung der Interaktion" (Rammstedt 1978: 212). Ihre Stoßkraft hängt deshalb entscheidend davon ab, daß die sozialen Träger eine Identität ihrer Einzelwillen hypostasieren, daß - wie es Rammstedt überzeugend herausgearbeitet hat - die Motive der sozialen Träger und der Zweck der Bewegung weitgehend identisch werden und bleiben. Zumeist schaffen erst die Dramatisierung und Generalisierung der Problemlage, die Stilisierung einer Interessengleichheit, die integrative Wirkung einer gemeinsamen expressiven Symbolik und die ideologische Überhöhung der eigenen historischen Mission jene kompakte, häufig traditionelle Trennlinien überschreitende soziale Identität, die schließlich auch in der Selbstbezeichnung als Bewegung ihren Ausdruck findet.

Insoweit soziale Bewegungen sich auf ein dichtes Interaktionsgefüge, Medien

des Erfahrungs- und Informationsaustausches, öffentliche Selbstdarstellung und Artikulationsformen oder politische Kampfmaßnahmen stützen, bedürfen sie auch eines Mindestmaßes an Organisation. Hierzu gehören u.a. der Aufbau bzw. die Nutzung von Nachrichtensystemen und Kontaktnetzen, die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen aller Art, die Entwicklung interner Verhandlungs- und Schlichtungsprozeduren, die Wahl oder Akklamation von Repräsentanten, die Erschließung von Finanzierungsquellen usw. Gleichwohl spielen derartige organisatorische Aufgaben in aller Regel eine untergeordnete Rolle. Sie werden meist ad hoc bewerkstelligt, haben einen eher improvisierten und laienhaften Charakter, gelten als notwendiges Übel. Der "Apparat" der Bewegung bleibt zumeist relativ klein und beweglich, rekrutiert sich direkt aus der aktiven Anhängerschaft, unterliegt einer hohen personellen Fluktuation und ist eng an die Willenskundgebung der "Basis" gekoppelt. Vor allem in den neuen sozialen Bewegungen gelten nicht Sachkunde, Professionalität oder Charisma einer Elite, sondern die spontane Artikulationsfähigkeit der gesamten Bewegung als entscheidende Ressource. Nicht eine auch für den politischen Gegner kalkulierbare Mitgliederzahl, sondern die Fähigkeit zu einer an Zahl und Intensität kaum berechenbaren Massenmobilisierung schaffen ein effektives Drohpotential. Nicht die erklärte Verpflichtung auf bestimmte Spielregeln, Kommunikationsbahnen und gesellschaftliche Konfliktregelungsmechanismen, sondern gerade deren demonstrative Mißachtung wird im Repertoire der Bewegung bereitgehalten.

In dem Maße, wie soziale Bewegungen über eine organisatorische Minimalstruktur hinauswachsen, verlieren sie ihren "Bewegungs"-charakter. Sie können schließlich in Parteien und Verbänden aufgehen, die fortan das entscheidende Gravitations- und Aktionszentrum bilden. Historische Studien (M. Ostrogorski, R. Michels, G. Mosca, V. Pareto, M. Weber) wie auch systematische, direkter auf soziale Bewegungen zielende Analysen (R. Heberle, E. Mühlmann, O. Rammstedt) legen den Schluß nahe, daß jenseits eines gewissen Institutionalisierungsgrades nicht nur das Aktivitätspotential auf eine Funktionselite verlagert wird, sondern daß die Bewegung ihr umwälzendes Moment preisgibt. Auch wenn die "Bewegung" noch rhetorisch beschworen wird und in ritualisierter Form eine symbolische Existenz führen mag - sie ist Teil des vormals bekämpften Systems geworden, nicht ohne ihm einen innovativen Schub verliehen und es dadurch gestärkt zu haben.

Die Bewegung als Opposition

Soziale Bewegungen, die "die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zwingen" möchten, begeben sich in Gegnerschaft zu einer etablierten, d.h. nicht zuletzt auf formale Organisationen gegründeten sozialen Ordnung. Sie haben somit die prinzipiellen Stärken und Schwächen von Organisation in ihr strategisches Kalkül einzubeziehen.

Max Weber entwickelte den Organisationsbegriff im Kontext seiner Herrschaftstypenlehre. Demnach zielt Organisation auf die kontinuierliche Ausübung einer Befehls- und Zwangsgewalt mittels eines Apparats bzw. Verwaltungsstabes (vgl. 1972: 154 und 549). Prototyp der Organisation legaler und rationaler Herrschaft ist die moderne Bürokratie. Webers Idealtypus der Bürokratie, wenn auch verknüpft mit weiteren Kennzeichen wie der Aktenmäßigkeit, der Trennung von Besitz und Amt usw., ist der Inbegriff einer intensiven und - als unent-rinnbarer Herrschaftstypus der Zukunft - zugleich totalen Institution, die ihm zu der besorgten Frage Anlaß gibt, wie es möglich sei, irgendwelche Reste individueller Bewegungsfreiheit zu retten. In der Vision der Bürokratie als dem "stählernen Gehäuse der Zukunft" hat die Organisation den Grad der relativen Vollkommenheit erlangt. Sie ist strikt zweckrational ausgerichtet. Alle persönlichen Motive, Interessen und Leidenschaften, kurz: jegliche materiale Rationalität, bleibt weitgehend ausgeschaltet. Je weiter dagegen eine

Herrschaft von diesem Zustand entfernt ist, je außeralltäglicher, je reiner ihr charismatischer Charakter, "desto weniger (kann sie) als eine 'Organisation' im gewöhnlichen Sinn einer Ordnung von Menschen und Dingen nach dem Prinzip von Zweck und Mittel erfaßt werden..." (ebd., 659).

Damit wird die Spannung zwischen formaler Organisation und sozialer Bewegung, möglicherweise aber auch die historische Chance sozialer Bewegungen umrissen. Wenn die Leistungsfähigkeit formaler Organisationen darin zum Ausdruck kommen soll, daß sie für den "Herrn" wie für den "Interessenten" berechenbar sind, so wird hierdurch im politischen Konfliktfeld auch eine Kehrseite bezeichnet: Formale Organisationen werden für den politischen Gegner kalkulierbar. Die empirische Erfahrung lehrt zudem, daß sie eine gewisse Eigendynamik entfalten können und sich einer rein instrumentellen Verfügung durch den "Herrn" vielfach versperren. Mit steigendem Institutionalisierungsgrad tendieren große Organisationen zur Fixierung auf den Status quo; sie reagieren schwerfällig auf neue und unkonventionelle Herausforderungen.

Unter diesen Bedingungen wäre es für soziale Bewegungen ein unsinniges Unterfangen, den hochorganisierten Gegner mit strukturgleichen Waffen schlagen zu wollen. Aussichtsreicher erscheint es vielmehr, die eigene Beweglichkeit und Spontaneität zu erhalten und zu nutzen, den offenen, volksnahen Charakter der Bewegung zu betonen und sich selbst als eine innovative und zukunftsweisende Kraft zu präsentieren. Dabei kann die Form der Bewegung sogar zu einem politischen Inhalt avancieren; zumal dann, wenn die Bewegung einen basisdemokratischen Anspruch vertritt und sich kritisch gegen die entmündigenden, entpolitisierenden und strukturkonservativen Charakter formaler Organisationen abzuheben sucht. Damit wird deutlich, daß sich die Bewegung selbst als "bewegt", aber sich auch als eine gesellschaftspolitisch "bewegende" Kraft präsentieren muß. Die bloße Verwaltung des eigenen Anliegens signalisierte zugleich das Ende als Bewegung, d.h. den Niedergang der "Erregungskurve", die Entdramatisierung, Veralltäglichung und schließlich Institutionalisierung des Ausgangskonflikts, somit die weitgehende Passivität der ursprünglich aktiven Trägerschaft zugunsten eines professionellen Apparats. Schon allein deshalb droht die Ausbildung jeglicher formaler Organisation, die mit der Bewegung längerfristig zur Deckung gebracht werden könnte, ein strategisches Eigentor zu werden. Eine Bewegung, die bewußt ihr Formprinzip wahren möchte, hätte demnach allen Grund, auf Institutionalisierungstendenzen in ihren eigenen Reihen zu achten. Die strategische Kunst bestünde darin, die Vorteile, die sich aus ihrer Form als Bewegung ergeben und die Vorteile organisatorischer Effizienz in ein optimales Allokationsverhältnis zu bringen.

Offenkundig bedarf die Übernahme formaler Organisationsstrukturen im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen einer besonderen Rechtfertigung, so daß gerade am Schnittpunkt zwischen den relativ unorganisierten Teilen der Bewegung und ihren formalisierten Teilelementen ihr Selbstverständnis wie auch ihre innere Widersprüchlichkeit aufgespürt werden können. Nicht ganz zu Unrecht fürchten die autonomistisch orientierten Strömungen, im Zuge einer organisatorischen Formierung ihren Charakter als soziale Bewegung preisgeben zu müssen und der internen wie externen Vereinnahmung anheimzufallen.

II. Institutionalisierungsprozesse in den neuen sozialen Bewegungen

Sieht man zunächst von den Besonderheiten der parlamentarisch orientierten Gruppen ab, so müssen die Institutionalisierungstendenzen in den verschiedenen sozialen Bewegungen getrennt betrachtet werden.

a) Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung

Frühe Definitionsversuche von "Bürgerinitiative" betonten deren spontanen, losen und informellen Charakter. Vielfach wurde nicht nur die Existenzdauer,

sondern auch der Formalisierungsgrad von Bürgerinitiativen (z.B. in Form eingetragener Vereine) unterschätzt. In der Entwicklung vom Nebeneinander der verschiedensten Einzelinitiativen zu einer sozialen Bewegung spielte ihr Beharrungsvermögen, ihre zunehmende Fachkompetenz und die lokale, regionale und bundesweite Kooperation eine bedeutende Rolle. In den Jahren zwischen 1972 und 1975 entstanden die meisten Zusammenschlüsse. Auf der Ebene der Einzelinitiativen besteht eine große Spannweite zwischen (1) völlig informell ausgerichteten Gruppen, (2) Initiativen, die sich zwar zu Zwecken der Außendarstellung einen formalen Rahmen (meist als Verein oder eingetragener Verein) geben, der aber für die faktische Arbeits- und Kommunikationsform weitgehend bedeutungslos ist und schließlich (3) solchen Gruppen, die sich strikt am Vereinsmodell orientieren. Die bislang einzige systematische Untersuchung zur interpersonellen Kommunikation in Bürgerinitiativen registriert eine den basisdemokratischen Vorstellungen zuwiderlaufende "Cliquenhaftigkeit" der Führungskerne und zeigt (freilich nur auf einer Untersuchungsbasis von zwei Gruppen!), daß sich aus Effektivitätsgründen elitäre Führungsgruppen herauskristallisieren (M. Schenk 1981).

Auch auf der regionalen und überregionalen Ebene finden sich stark voneinander abweichende Formen. Die Skala reicht von losen und sporadisch tagenden Koordinationsgremien ohne gesatzte Verfahrensregeln, Sprecherfunktionen und Abstimmungsmodalitäten über noch relativ locker strukturierte Zusammenschlüsse bis hin zu vereins- und verbandsförmigen Dachorganisationen. Ganz am Rande bzw. außerhalb der Bürgerinitiativbewegung stehen schließlich konventionelle Naturschutzvereinigungen auf Landes- und Bundesebene. Diese Organisationen unterscheiden sich strukturell in keiner Weise von einem herkömmlichen Interessenverband; sie haben lediglich durch die Verbreitung der Umweltschutzgruppen eine Belebung erfahren und rechnen sich aufgrund teilweise identischer Zielsetzungen mehr oder weniger der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung zu. Gleichfalls am Rande der Bewegungen stehen zahlreiche kleinere Forschungsgruppen und Institute, die sich 1981 zur bundesweiten "Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute" zusammengeschlossen haben, sowie verschiedene einschlägige Stiftungen, Gesellschaften und Zeitschriften.

Insgesamt ergibt sich also ein fließender Übergang von den informellen Gruppen und Zusammenschlüssen bis hin zu formalen Organisationen. Wohl nur der kleinere, nach außen hin allerdings stärker repräsentierte Teil der Bürgerinitiativen ist in formale Strukturen eingebunden. Doch selbst innerhalb des eher konventionellen, der Institutionalisierung nicht grundsätzlich abgeneigten Lagers der Bürgerinitiativen findet das Spannungsverhältnis zwischen Autonomieanspruch und organisatorischer Formierung seinen Niederschlag.

Dies äußert sich in symptomatischer Weise innerhalb des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (vgl. Rucht 1982 b). Er bezeichnete sich in einer jüngst erschienen Selbstdarstellung als "dezentral organisierter Verband. Jede Mitgliedsgruppe arbeitet im Rahmen der Zielsetzung völlig selbständig und autonom." Zwar besteht diese Autonomie tatsächlich, doch ist ihre Kehrseite wiederum eine weitgehende Autonomie, sprich: Abgehobenheit, des Führungszirkels. Abgesehen von den ein bis zwei Mitgliederversammlungen pro Jahr bestreitet primär der auf ein Jahr gewählte Vorstand sämtliche Verbandsaktivitäten, insbesondere die Pressearbeit, die Verhandlungen mit Parteien, Verbänden und Behörden, die Vorbereitung von Tagungen, Mitgliederversammlungen usw. Hierbei besteht nur eine äußerst dürftige Rückkoppelung zur Mitgliederbasis. Zumeist erfahren die Initiativen erst aus der Presse von den Stellungnahmen und Aktivitäten des Verbandes. Auch die Versuche, zumindest die Mitglieder des erweiterten Vorstandes aus aktiven Basisgruppen zu rekrutieren sowie fachspezifische Arbeitskreise auf Bundesebene einzurichten, konnten die Schlüsselstellung des organisatorischen

Zentrums - geschäftsführender Vorstand und Geschäftsstelle - nicht wesentlich abbauen. Dieser Widerspruch zwischen basisdemokratischem Anspruch und faktischer Oligarchisierung führt zu chronischen Klagen einzelner Mitgliedsgruppen, der BBU entwickle sich zu einer bloßen Lobbyorganisation, Vorstandsmitglieder gebärdeten sich wie "Funktionäre" oder die Geschäftsstelle verkomme zu einem "Apparat".

Den eigentlichen Gegenpol zu den stärker institutionalisierten Gruppen bilden freilich die sog. Autonomen. Hier wird der Anspruch basisdemokratischer Organisation, politischer Unabhängigkeit und freier Wahl der Aktionsformen - bis hin zu Militanz und Gewaltanwendung - am konsequentesten verfochten. Aus dieser Perspektive erscheinen die Verbands- und Parteistrukturen als Integrationsmechanismen, die der Bewegung ihren kritischen Stachel zu ziehen vermögen. Somit sind auch der wechselseitigen Solidarität Grenzen gesetzt. Das Verhältnis der autonom-spontaneistischen Gruppen zu den gemäßigten oder bereits als etabliert geltenden Organisationen ist taktischer Natur. Neben wenigen eindeutigen programmatischen Übereinstimmungen ist es wohl die relative Schwäche der jeweiligen Flügel und die gemeinsame Gegnerschaft, die immer wieder ebenso breite wie lockere Negativkoalitionen ermöglichen.

Generell wird bislang der institutionalisierte Teil der Bewegung im allgemeinen und der BBU im besonderen überschätzt, zumal sich Medien, Parteien und Administrationen stärker an für sie "greifbaren" Gruppierungen orientieren. Doch diese Überschätzung wird zunehmend realistisch: Aller basisdemokratischen Emphase zum Trotz zeichnet sich eine unverkennbare Institutionalisierungstendenz ab, forciert durch die Verstärkung der Bürgerinitiativen, durch den Zwang zu fachlicher Auseinandersetzung und konstruktiver Kritik, den Versuch einer ständigen und flächendeckenden Präsenz und die zunehmende Einbindung in Verhandlungsprozeduren, Anhörungen und Kommissionen. Ob allerdings der autonome Flügel gleichsam hinter seinem Rücken in den Sog dieses Prozesses gerät oder sich vielmehr radikalisiert - damit aber auch das Risiko der Ausgrenzung und Kriminalisierung eingeht - scheint derzeit durchaus offen.

b) Die Frauenbewegung

Im Unterschied zur Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung bestehen in der Frauenbewegung wenig institutionelle Zusammenschlüsse. Gleichwohl sind die einzelnen Initiativen, Frauenzentren und Projekte durch ein dichtes informelles Netz miteinander verwoben. Der Autonomieanspruch der Frauenbewegung, verstärkt durch die geschlechtsspezifische Orientierung und Separierung, wird relativ durchgängig und stringent vertreten. Ungewöhnlich hoch sind die Sensibilität und das Mißtrauen gegenüber interner Hierarchisierung und Formalisierung; entsprechend groß ist die Wertschätzung von Spontaneität, Kreativität, Improvisation, Authentizität, Unmittelbarkeit, Selbstbestimmung. Gerade die Identifikation von Herrschaft, Macht und Zweckrationalität als "männlichen" Prinzipien begünstigt die Proklamation "femininer" Kontrasttugenden, die Ausbildung einer Gegenidentität, wie sie sowohl in der Version des radikalen Feminismus ("feministischer Feminismus") als auch in den Tendenzen einer "neuen Weiblichkeit" zum Ausdruck kommen. Lediglich der Flügel des sozialistischen Feminismus, teilweise der DKP nahestehend, relativiert den Autonomieanspruch der Frauenbewegung, lehnt eine Zusammenarbeit mit Männern innerhalb "progressiver" Organisationen nicht ab und akzeptiert auch konventionelle Organisationsformen in den eigenen Reihen (so z.B. die "Demokratische Fraueninitiative").

Vergegenwärtigt man sich, daß im Verlauf der letzten zehn Jahre innerhalb der Frauenbewegung der radikale Feminismus zunehmend an Boden gewonnen und auch den sozialistischen Feminismus erheblich geprägt hat, so ist es nicht verwunderlich, daß sich bislang jeder Versuch einer einheitlichen

organisatorischen Formierung bis hin zum Aufbau einer feministischen Partei als aussichtslos erwiesen hat. Der heutigen Frauenbewegung steht nicht nur der Niedergang der historischen Frauenbewegung vor Augen - einer "Bewegung" die sich weitgehend als Vereinsgeschichte rekonstruieren läßt und die sich mit ihrem proletarisch-sozialistischen Flügel den Parteiorganisationen der SPD und der KPD unterordnete; sie weiß auch um die Ohnmacht und Alibifunktion der heutigen Nachfolgeorganisationen der bürgerlichen Frauenvereine (Deutscher Frauenbund, Deutscher Frauenrat); sie keimte nicht zufällig im Schoße der Studentenbewegung und wahrte - neben der Sponti-Szene - deren anti-autoritäres Erbe: Gründe genug, um sich von allen Formen politischer Bevormundung, von jeglicher "Stellvertreterpolitik" zu distanzieren. Somit kennt die Frauenbewegung keine Dachorganisationen, keine Führungszirkel und keine gewählten Sprecherinnen.

Allerdings sind mit der Ausbildung einer Infrastruktur, der Kontinuität lokaler Frauenzentren, mehr oder weniger kommerziellen Frauenbuchläden und Verlagen, regelmäßigen Großveranstaltungen wie der Berliner Sommeruniversität für Frauen oder der Etablierung von Frauenhäusern, Gesundheits- und Beratungszentren gewisse institutionelle Zugeständnisse unvermeidlich. Ökonomische und juristische Gründe, der Anspruch auf öffentliche Anerkennung und staatliche Subventionen, die Implikationen einer sich zunehmend professionalisierenden Arbeitsweise - all dies zwingt die einzelnen Projekte in institutionelle Bahnen. Jedoch scheint es, als würden diese Formen den Initiativen weitgehend von außen abgerungen, ohne daß sie deren Struktur nachhaltig veränderten und schließlich zu einer klaren Trennung von Zentrum und Peripherie führten.

Charakteristisch ist vielmehr "der Anspruch, die Gruppenstruktur selbst beständig zum Gegenstand der Reflexion und Diskussion zu machen, oft bis zur Vernachlässigung des eigentlichen Gruppenthemas." (H. Schenk 1981²: 114). Die Kontroverse zwischen den bundesweiten Frauenzeitschriften "Courage" und "Emma" zeigte die Brisanz der Institutionalisierungsfrage. Die Courage-Redaktion kritisierte an "Emma" neben inhaltlichen Fragen die professionelle Machart und die dominante Stellung von Alice Schwarzer, um dem ein Konzept der größtmöglichen Basisnähe (z.B. durch öffentliche Redaktionskonferenzen) und der Vielseitigkeit (z.B. durch rotierende Arbeitsweise) entgegenzusetzen. Inzwischen sind diese Differenzen beigelegt. Die Redaktion von "Courage" hat sich zusehens den üblichen Arbeits- und Produktionsformen angenähert.

Obwohl der Professionalisierungs- und Institutionalisierungstrend in den Einzelprojekten unverkennbar ist, konnte diese Entwicklung den "Bewegungs"-charakter nicht in Frage stellen oder die Frauenbewegung gegenüber politischen Vereinnahmungsversuchen von innen wie von außen anfällig machen. Gerade bei den Projekten des radikalen Feminismus, die in den letzten Jahren weitgehend von "Bewegungslesben" übernommen wurden, hat eine Professionalisierung und Institutionalisierung bislang der inhaltlichen Radikalität keinen Abbruch getan.

c) Die Alternativbewegung

Unter Alternativbewegung soll hier in einer nur groben Annäherung die Gesamtheit der sub- und gegenkulturellen Projekte verstanden werden, die primär ökonomischer, kommunitärer, religiös-spirituellder, medizinisch-therapeutischer, kultureller oder politischer Art sein können. Auch hier besteht ebenso wenig wie in der Frauenbewegung ein übergreifender organisatorischer Zusammenhang. Die einzelnen Projekte, Teilbewegungen, Szenen und politischen Fraktionen überlagern sich in einer derart vielschichtigen und komplexen Weise, daß Aussagen über Institutionalisierungstendenzen - zumal in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen - zwangsläufig unvollständig

und undifferenziert ausfallen müssen.

Wie in der Frauenbewegung dominiert auch in der Alternativbewegung die emphatische Berufung auf Prinzipien wie Autonomie, Dezentralität und Kollektivität, doch fehlt ein entsprechend klarer negativer Bezugspunkt (wie das Patriarchat) und eine eindeutige Gegenidentität. Die Alternativbewegung existiert allenfalls in gebrochenen Formen, ungleich mehr fragmentiert, parzelliert und fraktioniert als die übrigen sozialen Bewegungen. Nicht organisatorische Bindungen, sondern ein bestimmter Lebensstil, ein relativ diffuser gegenkultureller Werthorizont in Distanz zum bürgerlichen Tugendkatalog und den großindustriell-bürokratischen Vergesellschaftungsformen sind es, die ein Gefühl der Gemeinsamkeit vermitteln. Die wohl wichtigste und am konkretesten faßbare Verbindung zwischen den verschiedensten Teilgruppen und Projekten bildet die inzwischen weit entfaltete Alternativpresse. Sie reicht von sporadisch erscheinenden Lokal- und Provinzblättern über halbkommerzielle Stadtmagazine bis hin zu überregionalen Organen wie der inzwischen halbwegs konsolidierten Berliner "tageszeitung".

Nicht nur die Alternativpresse, sondern nahezu alle ökonomischen Projekte (Landkommunen, Bio-Läden, Handwerkerkollektive, Buchläden, Teestuben usw.) haben zunächst ein gewisses Vakuum gefüllt, geraten inzwischen jedoch durch die Konkurrenz gleichartiger Projekte wie auch unter dem Druck von rein kommerziellen Unternehmen in Bedrängnis. Somit ist längerfristig zu erwarten, daß sich vor allem die professionell und effizient geführten Projekte behaupten werden können, also der Institutionalisierungsgrad in diesem Bereich zunehmen wird. Von diesem Trend bleiben auch die "dualen Projekte" (Joseph Huber) nicht unberührt. Dagegen können die Freizeitprojekte im allgemeinen und die Eigenarbeitsprojekte im besonderen auch künftig weitgehend informell strukturiert bleiben und werden - unter den Vorzeichen einer anhaltenden wirtschaftlichen Strukturkrise und wachsender Arbeitslosigkeit - innerhalb wie außerhalb der Alternativbewegung expandieren. Inwieweit freilich der hier leichter zu praktizierende Anspruch alternativer Ökonomie (insbesondere kollektive Eigentums- und Entscheidungsformen, Zurücknahme von Arbeitsteilung und geschlechtsspezifischer Rollentrennung, Herstellung bzw. Bereitstellung von sozial nützlichen und ökologisch verträglichen Gütern und Diensten) auch in den konkurrenzbestimmten Sektoren langfristig einzulösen ist, bleibt abzuwarten.

Durchleuchtet man die Geschichte von verschiedenen Einzelprojekten, so zeigt sich fast durchwegs eine Entwicklung hin zu mehr Professionalität, stärkerer Arbeitsteilung, geregelterer Finanzierung, höheren Qualitätsansprüchen, die - meist im Verbund mit steigender Projektgröße - auch einen institutionellen Niederschlag findet. Dagegen erscheinen die zusammengewürfelten, laienhaften und von bloßer Euphorie getragenen Vorhaben von eher kurzer Dauer. Gerade die oft schwierige Startphase und die labile Finanzierung waren die entscheidenden Gründe für eine Einrichtung wie das "Netzwerk Selbsthilfe e.V.". Dessen kommunikative Schlüsselstellung, ähnlich wie auch die der "tageszeitung", bringt es jedoch mit sich, daß sich sehr bald dominante oder gar oligarchische Strukturen herausbilden können.

Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, daß die Alternativbewegung in einem hohen Maße dezentralisiert ist und sich schon aufgrund der Vielfalt ihrer Themen, der Konkretheit der Einzelprojekte und ihrer besonderen Schwierigkeiten und Nöte sowie des breitgefächerten ideologischen Spektrums einer organisatorischen Formierung widersetzt. Erkennbar ist allerdings nicht nur eine zunehmende Professionalisierung der Projekte vor allem im ökonomischen Bereich, sondern eine sektorale Vernetzung (z.B. der Landkommunen, der Alternativpresse, der Gesundheitsläden, der Genossenschaften). Zahlreiche informelle Kontakte, Überlappungen sachlicher Natur (z.B. Landwirtschaft-

Ernährung-Gesundheit-Therapie-Sekten) oder politischer Art (z.B. Zugehörigkeit zur Sponti-Szene, Aktivität in der Anti-Atomkraftbewegung, Anbindung an "Die Grünen") und schließlich eine überregionale Gegenöffentlichkeit sorgen dafür, daß die Elemente der Alternativbewegung zunehmend - wenn auch in loser Form - miteinander verknüpft werden. Die Verschiedenheit der Ansätze und Anliegen, vor allem aber das geradezu als ein Sakrileg verstandene Autonomieprinzip, lassen keine grundsätzlichen Strukturveränderungen erwarten. Lediglich bei den rein ökonomisch ausgerichteten Projekten sind nachhaltige Institutionalisierungsprozesse absehbar.

d) Die Friedensbewegung

Die erst relativ kurze Existenz dieser Bewegung macht eine prozessuale Einschätzung fast unmöglich. Bemerkenswert ist allerdings im Vergleich zu den übrigen neuen sozialen Bewegungen die einzigartige Ausgangssituation. Die Friedensbewegung wäre zwar ohne das personelle und politische Unterfütter der anderen Bewegungen in ihrer heutigen Form undenkbar. Doch sie ist in Relation zu diesen gleichsam ein organisatorischer Artefakt: Ihre wichtigsten Initiativen (z.B. Krefelder Appell), Demonstrationen und Argumente entstanden im Zusammenspiel bereits bestehender Institutionen, darunter Protestparteien, Minoritäten innerhalb der etablierten Parteien und der Gewerkschaften, zahlreichen Verbänden und Teilen der Kirchen. Diese Organisationen lassen sich grob unterscheiden in solche mit traditioneller Politikorientierung (z.B. DKP-nahe Gruppen, Reste der "alten" und der "neuen" Linken, pazifistische und humanitäre Gruppen) und andere, die im Umfeld postmaterialistischer Strömungen und der neuen sozialen Bewegungen entstanden sind (z.B. Grüne und Alternative, BBU, Frauen für den Frieden).

Die ungeheuer rasche Entfaltung und Verbreiterung der Friedensbewegung kann also nicht zureichend auf die verschärfte Problemlage zurückgeführt werden. Vielmehr müssen auch die günstigen Voraussetzungen für ein breites Aktionsbündnis (mit der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses als dem kleinsten gemeinsamen Nenner) und die damit verbundenen infrastrukturellen Bedingungen in Rechnung gestellt werden. Dabei soll nicht verkannt werden, daß sich die Friedensbewegung nach ihrem "take off" schon sehr bald auf eine Vielzahl von von lose strukturierten Ad-hoc-Initiativen stützen konnte, die aufgrund ihrer politischen Orientierungen und Werthaltungen fast ausschließlich der zweiten Gruppe zuzurechnen sind. Hierunter fallen z.B. die autonomen Friedensinitiativen, zahlreiche unorganisierte Freundeskreise und ein weites Spektrum von bereits bestehenden Gruppen mit anderer Primärorientierung (Dritte-Welt-Gruppen, Anti-Atominitiativen, Frauengruppen, Projekte der Alternativszene, anti-imperialistische Gruppen usw.).

Alle bisherigen Koordinationsbemühungen waren weitgehend projektorientiert, bezogen sich vorrangig auf pragmatische Fragen und stellten inhaltliche Differenzen zurück. Während die selbsternannten Strategen der Friedensbewegung - vor allem mit Blick auf die Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme - bedauernd feststellen, es gäbe "keine Instanz, Organisation oder Personengruppe, die über genügend Autorität und organisatorische Kraft verfügen würde, einer von der Mehrheit der Bewegung als richtig anerkannten Strategie zum Durchbruch zu verhelfen und ihre Umsetzung anzuleiten" (Roland Vogt), muß wohl gerade auch auf dieses Faktum der bisherige Erfolg der Friedensbewegung zurückgeführt werden. Weil sich die Friedensbewegung bislang offen und pluralistisch präsentierte, weil sich keinerlei hegemoniale Bestrebungen (DKP!) durchsetzen konnten und weil schließlich in der bloßen Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses ein wenn auch kleiner, so doch präziser gemeinsamer Nenner gefunden wurde, vermochte die Bewegung ihren Zusammenhalt zu wahren.

e) Parlamentarisch orientierte Organisationen

Die verschiedenen grünen, bunten und alternativen Listen sowie die Bundespartei "Die Grünen" stellen die bislang bedeutendste organisatorische Klammer dar, die einzelne Protestpotentiale verknüpft und ihnen zugleich eine relativ stark formalisierte Ausdrucksform verleiht; eine Klammer freilich, die noch lange nicht den Institutionalisierungsgrad der etablierten Parteien erreicht hat. Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen den eher locker gefügten Randgruppen- und Protestkoalitionen der lokal (wenn auch meist im großstädtischen Rahmen!) agierenden alternativen Listen und den schon durch das Parteiengesetz und den überregionalen Repräsentationsanspruch institutionell stärker gebundenen Parteigrünen. Gemessen am Gros der neuen sozialen Bewegungen sind jedoch die strukturellen Zwänge der parlamentarisch orientierten Gruppierungen insgesamt derart hoch, daß sich bereits aufgrund der Formunterschiede gegenüber den außerparlamentarischen Protestgruppen Spannungen abzeichnen.

Sofern man das "eherne Gesetz der Oligarchie" bemühen will, scheint es hier am ehesten einer Bestätigung zu harren. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, daß Robert Michels seine These bewußt der größtmöglichen Beweislast aussetzte: Er verifizierte sie an sozialistischen Bewegungen und Parteien als jene, die radikaldemokratischen Prinzipien am nächsten standen und bei denen somit eine Restistenz gegenüber oligarchischen Tendenzen zu erwarten gewesen wäre (vgl. Michels 1970³). Offenkundig versuchen die Grünen und Alternativen aus diesen Erfahrungen zu lernen. Deshalb ist hier der Anspruch einer basisdemokratischen Struktur, der Rückbindung an die außerparlamentarischen Bewegungen und der personellen und organisatorischen Flexibilität in besonderer Weise manifest. Doch zeigen schon die bisherige Entwicklung der "Grünen", mehr noch die aktuellen Diskussionen um Besoldung der Funktionsträger, Rotationsprinzip und imperatives Mandat, drohendes Funktionärswesen, Routine und Kompromißzwänge im parlamentarischen Alltag, welche Spannungen sich daraus ergeben, eine "Antiparteienpartei" (Guggenberger 1980: 110; zuletzt Petra Kelly in apodiktischer Form: "Wir sind die Antipartei-Partei." In: Der Spiegel v. 14.6.1982, S. 52) sein zu wollen und sich zugleich auf die Mechanismen der Parteienkonkurrenz einlassen zu müssen. Vorerst blieben jedoch die "Grünen" schon aus internen Gründen in Bewegung (und damit den Bewegungen nahe), zumal die unterschiedlichen Orientierungen an der Mitgliederbasis, aber auch zwischen verschiedenen Landesverbänden (Baden-Württemberg versus Berlin und Hessen) für Zündstoff sorgen werden.

Für die Partei als Ganzes gilt jedoch auf längere Sicht die unerbittliche Logik der "Legitimation durch Verfahren" (Luhmann 1975²), d.h. der Zwang zur Hinnahme der Verfahrensergebnisse qua Beteiligung. Dem sich zu entziehen erforderte entweder ein rein taktisch-zynisches Verhältnis zum Parlamentarismus oder die Haltung der anti-autoritären Clownerie, wie sie das Duo Fritz Teufel/Rainer Langhans in bundesdeutschen Gerichtssälen zu pflegen wußte, oder aber eine "Politik der leeren Stühle" (die sich allerdings rasch abnutzt). Doch die grünen und alternativen Parteien bzw. Listen werden sich nicht auf Dauer auf das Mandat einer relativ breiten Wählerschaft berufen und gleichzeitig deren Erwartungen enttäuschen können; sie werden nicht in einem Fall den rechtstaatlichen und liberalen Gehalt des Parlamentarismus zum Schutze und Nutzen ihrer Klientel bemühen können, um bei der nächsten mißliebigen Entscheidung eben jene Verfahrensgrundlagen anzuzweifeln, auf die sie sich zuvor beriefen und denen sie ihre politische Existenz verdanken; sie werden nicht ihren Gegnern Zugeständnisse abringen und zugleich puristisch und kompromißlos die eigene Linie verfechten können. Die gelegentlich vorgetragene defensive Argumentation auf Seiten grüner Parlamentarier, es ginge lediglich darum, die parlamentarische Bühne öffentlichkeitswirksam zu nützen und eine Art Wachhund-Funktion einzunehmen,

steht nicht nur im Widerspruch zum parlamentarischen Routinebetrieb, sondern auch zu der hochfliegenden eigenen Programmatik und dem Erfolgswang, dem die Grünen wie alle anderen Parteien unterliegen (Klotzsch/Stöss 1983: 123).

Gerade im Bewußtsein der integrativen und legitimierenden Effekte der politischen Wahl und der parlamentarischen Repräsentation gehen große Teile der neuen sozialen Bewegungen auf Distanz zu "ihrem" parlamentarischen Arm, verfolgen entsprechende Bemühungen zwar nicht ohne Sympathie, aber doch mit Skepsis, warnen schließlich vor der lähmenden Wirkung jeglicher Form politischer Repräsentation und der entmündigenden Tendenz großer Organisationen, um dagegen ihr Konzept der "Graswurzeldemokratie" und der "Politik in erster Person" (kritisch dazu Kraushaar 1978: 34 ff.) zu setzen.

III. Fazit und Perspektiven

a) Zusammenfassend läßt sich feststellen: In den neuen sozialen Bewegungen gibt es keine klare und einheitliche Tendenz zur fortschreitenden Institutionalisierung und organisatorischen Formierung, sondern lediglich eine zunehmende politische und lebenspraktische Überlappung der Einzel- und Teilbewegungen, die allmählich einen gegenkulturellen Kern auskristallisieren, jedoch vielfach und in unterschiedlichen Graden und Formen mit der dominanten politischen Kultur verknüpft sind. Unterhalb dieser Überschneidung und Vernetzung der verschiedenen Bewegungen gewinnen die einzelnen Initiativen und Projekte an Stetigkeit und (Quasi-)Professionalität, tendieren notgedrungen zur Übernahme bestimmter Rechtsformen und sonstiger formeller Strukturen.

b) Verbände traditionellen Zuschnitts spielen in der Friedensbewegung die relativ größte Rolle. Die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung sowie die Friedensbewegung haben zwar "eigene" Verbände hervorgebracht und bereits bestehende reaktiviert, doch wird deren Tätigkeit durch einen starken anti-institutionellen Affekt der autonomen Basisgruppen konterkariert und kritisch begleitet. In der Frauen- und Alternativbewegung sind die formalen Strukturen weitgehend pragmatische Zugeständnisse an externe Bedingungen, entfalten jedoch bislang keine erkennbare Eigendynamik, die als Oligarchisierungstendenz gedeutet werden könnte.

c) Dagegen verkörpern die alternativen Listen und grünen Parteien eine prägnante organisatorische Formierung innerhalb der neuen sozialen Bewegungen und drohen ungewollt deren Autonomieanspruch zu unterlaufen. Zwangsläufige Formalisierungstendenzen der parlamentarisch orientierten Organisationen führen zu wachsenden internen Spannungen (zwischen Eliten und Mitgliederbasis) und einem strukturellen Widerspruch zwischen diesen Organisationen und den autonomen Teilen der Bewegungen. Ohnehin steht der Separatismus des radikalen Feminismus - bei einer gleichzeitigen Absage an formale Strukturen - quer zum integrativen Ansatz parlamentarischer Repräsentation. Ebenso wenig läßt sich die Heterogenität der Alternativbewegung durch irgendeine Partei auf einen Nenner reduzieren, der die Vielfalt der Anliegen, Betroffenheiten und Ideologeme noch halbwegs zum Ausdruck bringen könnte. Gerade deshalb kommt es im Rahmen der Alternativbewegung eher zu lockeren Listenverbindungen. Dagegen ist zu erwarten, daß sich "Die Grünen" auch in Zukunft primär als ökologische Partei - mit einer weiteren Öffnung gegenüber dem "bürgerlichen" Lager - und nicht als alternative "Antiparteienpartei" profilieren werden können.

d) Die künftige politische Bedeutung neuer sozialer Bewegungen wird u.a. davon abhängen, ob es ihnen gelingt, die Verzahnung zwischen "autonomen" und "organisierten" Elementen beizubehalten, also weder das Spannungsverhältnis zugunsten letzterer einzuebnen noch sich allzu weit voneinander zu entfernen. Dies setzt voraus, daß innerhalb der verschiedenen Lager

der anti-institutionelle Anspruch nicht fetischisiert, aber auch das Kriterium organisatorischer Effizienz nicht bedingungslos anderen Gesichtspunkten vorgeordnet wird. Nicht von ungefähr hat sich in längeren konflikthafte Auseinandersetzungen mit politisch-administrativen Instanzen eine Doppelstruktur von konventionell und unkonventionell agierenden Gruppen herauskristallisiert. Dies gilt sowohl für lokale Brennpunkte wie auch für die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung insgesamt.

e) In langfristiger Perspektive scheint es, als ginge die Ära eindeutiger politischer Frontlinien und offener "Feldschlachten" zu Ende. Beruhte die "soziale Frage" (Singular!) des 19. Jahrhunderts auf dem fundamentalen Gegensatz von Kapital und Arbeit, wurde noch in den vergangenen Jahrzehnten die "Einheit der Demokraten" gegen den Radikalismus von rechts und links beschworen, so zeichnet sich am Horizont künftiger gesellschaftlicher Basiskonflikte eine Vielfalt von Teilschauplätzen ab, die sich keinem zentralen Fokus - auch nicht dem "Gegensatz" von Ökonomie versus Ökologie" - zuordnen lassen. Die Partikularität von alters-, geschlechts-, berufs-, status-, schicht- oder ortsspezifischen Betroffenheiten, wesentlich bedingt durch die Selektivität politisch-administrativer Eingriffe (ein Indikator ist z.B. die Zunahme von Maßnahmegesetzen), schafft ein zerklüftetes gesellschaftliches Konfliktfeld.

f) Die in Relation zu den neuen sozialen Bewegungen kompakten und zentralisierten Staats- und Parteiorganisationen drohen dabei in einen strukturbedingten Nachteil zu geraten, solange sie sich als "Ganzheiten" legitimieren müssen und ihnen eine gewisse programmatische und institutionelle Konsistenz abverlangt wird. Sie erscheinen als ein "Koloß auf tönernen Füßen", als ein mit Klientelrücksichten, ideologischen Fixierungen und Kompromißzwängen beladener und in ein organisatorisches Korsett eingezwängter Goliath, der von gleich mehreren leichtfüßigen Davids bedrängt wird. Es liegt somit durchaus im Interesse der etablierten Politik, Institutionalisierungstendenzen in den neuen sozialen Bewegungen zu fördern, um zumindest Teile von diesen über eine Formangleichung (die auf die Protestinhalte nicht ohne Rückwirkungen bleiben wird) gleichsam kooptieren zu können.

Literatur

- Allerbeck, K.R., 1973: Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, München/Wien
- Brand, K.-W., 1982: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen
- Guggenberger, B., 1980: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie: Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei, Stuttgart u.a.
- Klotzsch, L./Stöss, R., 1983: Die Grünen, in: Stöss, R. (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen (im Erscheinen)
- Kraushaar, W., 1978: Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung, in: ders. (Hg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/M., 8-67
- Luhmann, N., 1975²: Legitimation durch Verfahren, Darmstadt und Neuwied
- Michels, R., 1970: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart (zuerst 1911)
- Mühlmann, W.E., 1959: Chiasmus, Nativismus, Nationalismus, in: Soziologie und Gesellschaft, Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages v. 20.-24.5.1959 in Berlin, Stuttgart, 228-242
- Narr, W.-D., 1980: Zum Politikum der Form, in: Leviathan 2/1980, 143-163

- Rammstedt, O., 1978: Soziale Bewegung, Frankfurt/M.
- Rucht, D., 1981: Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären politischen Kultur, in: Journal für Sozialforschung 4/1981, 389-406
- Rucht, D., 1982 a: Neue soziale Bewegungen oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung, in: Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, hrsg. v. J.J. Hesse (PVS-Sonderheft 13/1982), Opladen, 272-292
- Rucht, D., 1982 b: Unkonventionelle Verbände? - Bürgerinitiativen zwischen Protest und Integration, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 1/1982, 36-45
- Schelsky, H., 1970: Zur soziologischen Theorie der Institution, in: ders. (Hg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf, 9-26
- Schenk, H., 1981²: Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München
- Schenk, M., 1981: Bürgerinitiativen: Interpersonelle Kommunikation und politischer Einfluß, in: KZfSS 1981, 623-641
- Tarrow, S., 1982: Social Movements, Ressource Mobilization and Reform During Cycles of Protest: A Bibliographic and Critical Essay (Western Societies Program, Occasional Paper No. 15, Cornell University, N.Y., Manuskript)
- Volkmann, H., 1977: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz, in: Sozialer Protest, hrsg. v. R.H. Tilly (Geschichte und Gesellschaft 2/1977), 165-189
- Weber, M., 1972⁵: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß einer verstehenden Soziologie, fünfte, revidierte Auflage, besorgt v. J. Winckelmann, Tübingen
- Wilkinson, P., 1971: Social Movement, London